515 11/2013

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Die Abzockerei geht weiter

Wir haben es in dieser Zeitung oft beschrieben: Wer sich unter den „Schutzschirm" begibt, wird zum Bouffier-Handlanger.
Getrieben von der CDU haben es SPD und Grüne vor der Bürgermeisterwahl trotzdem getan. Alternativlos sei es gewesen, erzählt man uns. Es war vor allem rückgratlos!
Wir warnten schon vorher: „Die vekaafe unser Oma ihr klaa Häusje". Heute wird deutlicher, das Wohneigentum, das sich die „kleinen Leute" in Mörfelden und Walldorf schufen, ist in vielen Fällen heute ein Schutz vor krasser Altersarmut.
Trotzdem soll jetzt erneut die Grundsteuer B (bebaute Grundstücke) erhöht werden. Erhöht hatten SPD und Grüne sie schon im laufenden Jahr.
Erhöht wurden auch die Schwimmbad- und Badesee-Eintrittspreise. Kosten wurden angehoben bei der Bestattung, der Musikschule etc.
Ob der Konsolidierungsfahrplan letztlich aufgeht, weiß niemand.
Es wird eingespart und gekürzt in allen Ecken. Da wird es schon mal skurril. Jetzt veranstaltet die Stadt für Mörfelden und Walldorf nur noch einen Seniorennachmittag und dafür ist eine Einlasskarte erforderlich. Damit kann man dann kontrollieren, dass keine Jüngeren reinkommen. Früher gingen die Einladungen an alle Einwohner über 70 Jahre, in diesem Jahr dürfen nur Senioren kommen, die bereits 75 Jahre und älter sind. Verzichtet wird auch auf einen Fahrdienst in den anderen Stadtteil. Fahrt halt mal mit dem Bus, meinte man im Urhahn-Büro. Möglicherweise denken Urhahn und Becker an die aktuelle Untersuchung: „Arme sind weniger interessiert an Politik." Jedenfalls wunderte sich der Kämmerer, dass es so wenig Gegenwind gibt.
Wie aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin hervorgeht, ist der Anteil von armen Menschen, die sich sehr für Politik interessieren, in den vergangenen zehn Jahren von 30 auf 19 Prozent gesunken. Bei Erwerbstätigen blieb er dagegen konstant bei rund 30 Prozent. Damit liegt Deutschland bei der politischen Teilhabe ärmerer Menschen im EU-Vergleich im Schlussfeld. Wir wiederholen uns, wenn wir sagen: Lasst euch nicht alles gefallen!

Kräht der Urhahn obendrauf,

gehen die Gebühren rauf

Armut macht keinen Bogen

Wir weisen in dieser Zeitung öfter darauf hin: „Armut macht um unsere Stadt keinen Bogen!"
Mittlerweile wird deutlicher: *Kinderarmut wächst, Rentner sind arm, Frauen sind am stärksten betroffen, die Altersarmut wird weiter steigen.* Daten aus dem Jahr 2012 belegen: 465.000 Menschen über 65 erhalten Grundsicherung im Alter. Gezahlt wird der Regelsatz von 382 Euro plus Miete und Heizkosten. Liegt die normale Altersrente darunter, wird sie mit Hilfe der Grundsicherung aufgestockt.
Insgesamt erhielten in Deutschland Ende 2012 fast 900.000 Menschen Grundsicherung. Das waren rund 55.000 mehr als 2011 und so viele wie nie zuvor.
Der jetzige hohe Anteil von Hartz-IV-Empfängern im erwerbsfähigen Alter spricht ebenfalls dafür, dass der Anteil armer Rentner in Zukunft weiter steigen wird.
Der Sozialverband VdK vermutet, dass viele Rentner aus Scham nicht zum Amt gehen, um die ihnen zustehende Grundsicherung zu beantragen. Daher sei die Dunkelziffer der Rentner, deren Einkommen nicht zum Leben reicht, viel höher. Der DGB geht davon aus, dass die verdeckte Armut doppelt so hoch ist, wie die registrierte.
Statt die Grundsteuer B zu erhöhen und am Seniorennachmittag zu kürzen, sollte man in den zuständigen Ämtern im hiesigen Rathaus intensiv über Hilfe und Beratung für die Betroffenen nachdenken.

Die gekaufte Republik

Die Kanzlerpartei haut nach der Wahl gerne auf den Putz, verweist auf ihre Millionen Wähler.
Wer sich ein wenig um Politik kümmert, merkt natürlich immer wieder, wer eigentlich die Macht im Staate hat. Geld regiert die Welt, heißt es dazu am Stammtisch. Falsch?
Gleich nach der Wahl gab es eine Großspende von Großaktionären des Automobilkonzerns BMW an die CDU. Die Partei hat zusammen 690.000 Euro von Johanna Quandt, Stefan Quandt und Susanne Klatten erhalten.
Bereits nach der Wahl 2009 hatte die CDU von den drei BMW-Eignern eine Großspende bekommen, damals insgesamt 450 000 Euro.
Die neue Spende ist praktisch eine Belohnung , weil sich die Regierung auf EU-Ebene gegen eine Senkung der Abgasnormen für Autos wendet.
In der Presse: „Quandt und Klatten von BMW kaufen die Klimapolitik von Merkel." „Es entsteht der fatale Eindruck der Käuflichkeit, wenn man sich anschaut, mit welchem großen persönlichen Einsatz sich die Bundeskanzlerin in Brüssel für die Interessen der Autoindustrie eingesetzt hat."
Was heißt hier „Eindruck"?

Im Jahre 1844 schrieb Heinrich Heine:

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

Strenges Geheimnis

Papst Franziskus lässt den umstrittenen Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst im Amt. Er muss allerdings eine mehrmonatige Auszeit nehmen. Ist damit der Medienrummel beendet?

Wir hoffen, dass jetzt mehr Menschen nachdenken über Reichtum und Armut.
Man sollte fragen: Was haben Aldi, Lidl und der Bischöfliche Stuhl zu Limburg gemeinsam? Ihre Geschäfte wurden bis jetzt als strenges Geheimnis gehütet.
Was haben die Bezieher nach SGB II oder Hartz IV oder BAT gemeinsam? Ihre Einkommen sind öffentlich nachrechenbar.
Und, sind die Forderungen nach Umverteilung, Gerechtigkeit falsch?

Wir sagen schon immer: Wer den Superreichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben! Ist das falsch?
Hatte die SPD im Wahlkampf nicht auch von Steuererhöhungen gesprochen?

Jetzt, wo es um die Große Koalition, um Macht und um die „Futterkrippen" geht, ist alles schnell vergessen. Wir sollten das alles nicht so schnell vergessen. Nach der Wahl ist immer auch vor der Wahl!

„Was auch immer geschieht:
Nie dürft Ihr so tief sinken,
von dem Kakao, durch den
man Euch zieht,
auch noch zu trinken!"

ERICH KÄSTNER

Straßen in unserer Stadt

Bebelstraße

Wenn mich meine Feinde loben, kann ich sicher sein, einen Fehler gemacht zu haben.

AUGUST BEBEL (1840-1913)

August Bebel war einer der Begründer der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Seine politischen Anfänge wurzelten im liberal-demokratischen Vereinswesen von Arbeitern und Handwerkern, ehe er sich dem Marxismus zuwandte.
Über Jahrzehnte arbeitete er mit Wilhelm Liebknecht zusammen. Mit ihm gründete er 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Im Jahr 1875 war er an der Vereinigung mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands beteiligt.
Während der Repressionen gegen die Partei durch das Sozialistengesetz entwickelte er sich zur zentralen Person der deutschen Sozialdemokratie und wurde ab 1892 einer der beiden Vorsitzenden der SPD, zu der sich die SAPD 1890 nach Aufhebung des Gesetzes umbenannt hatte.
August Bebel gilt als einer der wichtigsten Vertreter der marxistischen Frauenemanzipationstheorie. Sein Buch „Die Frau und der Sozialismus" war für die zeitgenössische Frauenbewegung von großer Bedeutung. Bebel war der festen Überzeugung, Geschlechtergerechtigkeit sei im Kapitalismus nicht zu verwirklichen.
Was würde Bebel zur heutigen SPD sagen? Vermutlich nichts - weil es ihm die Sprache verschlüge. Seine stolze Partei, die er geschickt durch die harten Zeiten des Bismarck'schen Sozialistengesetzes manövriert und gestärkt herausgeführt hat, ist kaum wieder zu erkennen.
Am 13. August 1913 starb August Bebel in Passugg in der Schweiz während eines Sanatoriumsaufenthaltes an Herzversagen. Er wurde in Zürich unter großer Anteilnahme auf dem Friedhof Sihlfeld beigesetzt.

Es ist keine Kunst,
ein ehrlicher Mann zu sein,
wenn man täglich Suppe,
Gemüse und Fleisch zu essen hat.

GEORG BÜCHNER, WOYZECK

Wer eelten dann . . .

Über Georg Büchner und Frau Schrimpf

Am 17. Oktober hatte er seinen 200. Geburtstag.
Es gibt zahlreiche Veranstaltungen im Lande. In Darmstadt eine große Ausstellung und einen Katalog, der für 58 Euro verkauft wird.
Die Zeitungen voll mit Artikeln, mit neuen Deutungen und Interpretationen. Ein Zeitung spekuliert: „Heute würde er gegen die teure Bischofsburg in Limburg protestieren", man vergleicht ihn mit Lenin. Unterschiedliche Gruppen reklamieren ihn für sich.
Georg Büchner wurde am 17. Oktober 1813 in der südhessischen Gemeinde Goddelau, Kreis Groß-Gerau geboren. In der Weidstraße 9 kam er als Sohn des im nahen psychiatrischen Krankenhaus „Philippshospital" arbeitenden Amtschirurgen Dr. Ernst Karl Büchner und seiner Frau Karoline zur Welt. 1817 zog die Familie nach Darmstadt, wo Georg Büchner aufwuchs.
In der Weidstraße 9 in Goddelau, heute ein Ortsteil von Riedstadt, steht das einzige erhaltene Gebäude in Deutschland, das noch unmittelbar mit dem Dichter und Revolutionär verbunden ist.
Im Jahre 1988 gelang es der Gemeinde, das alte Gebäude aus Privathand zu kaufen. 1995 begann die Totalsanierung, wofür das Riedstädter Parlament ein Jahr zuvor 750.000 Mark zur Verfügung gestellt hatte. Weitere 250.000 Mark kamen durch Spenden zusammen.
Am 26. Oktober 1997 wurde hier das Georg-Büchner-Geburtshaus als Museum und Dokumentationszentrum eröffnet.

Eine Vorgeschichte gibt es aber auch
Im Januar 1975 stand im „Neuen Deutschland" ein Artikel von Erik Neutsch: „Reise zu Büchner: Endpunkt Garage".
Erik Neutsch erfuhr damals in dem 5500 Einwohner zählendem Dorf, wie wenig man sich in Goddelau um den „großen Sohn" kümmerte und wie sich ein Opel-Arbeiter um Büchner verdient gemacht hatte, indem er ein regelrechtes Privatmuseum aufbaute.

Kalter Krieg
Damals, vor 38 Jahren, gab es andere Bürgermeister, andere Landräte und Minister - die DDR gab's auch noch. Kalter Krieg war im Lande.
Die DKP im Kreis Groß-Gerau forderte damals die Erhaltung des Geburtshauses und die Einrichtung einer Gedenkstätte.
Da sahen sie Rot - der Bürgermeister, der Landrat, der Kultusminister. Wie hießen sie doch gleich?
Der Kultusminister von Hessen schrieb: *„Georg Büchner ist zwar in Goddelau geboren, eine sonst irgendwie geartete Verbindung zu Goddelau besteht jedoch nicht"*. Dann schreibt er noch: *„Zur Sache selbst füge ich diesem Schreiben die Kopie eines Artikels der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bei. Dieser Artikel ist die Antwort auf die Darstellungen von Herrn Erik Neutsch im Neuen Deutschland"*.
Viele Jahre Briefe, die hin und her gingen. In der Presse wurde ab und zu berichtet.
Unverständlich für viele damalige Sozialdemokraten: Kommunisten kümmern sich um Büchner. Gefragt wurde aber auch: *„Warum überlassen wir Büchner der DKP?"* Die Briefe von gestern - ich habe sie aufgehoben.

Jahre später
Vor allem die Bürgerinnen und Bürger von Goddelau haben viel geleistet, organisiert und Geld gesammelt. Das Engagement zahlte sich aus, es gibt die sehenswerte Gedenkstätte.
Bei aller Genugtuung sollte man auch an eine resolute Frau denken - an Frau Schrimpf, die frühere Besitzerin des Hauses. Sie ist schon vor Jahren gestorben. Sie hatte das Haus damals renovieren lassen.
Als ich sie besuchte, war sie 83. Sie zeigte auf das frisch eingeölte Büchner-Holz-Relief an der Vorderseite des Hauses und meinte: „Wer eelten dann, wenn isch´n net eel?"
(Wer ölt ihn denn, wenn ich ihn nicht öle?)

Rudi Hechler

Gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

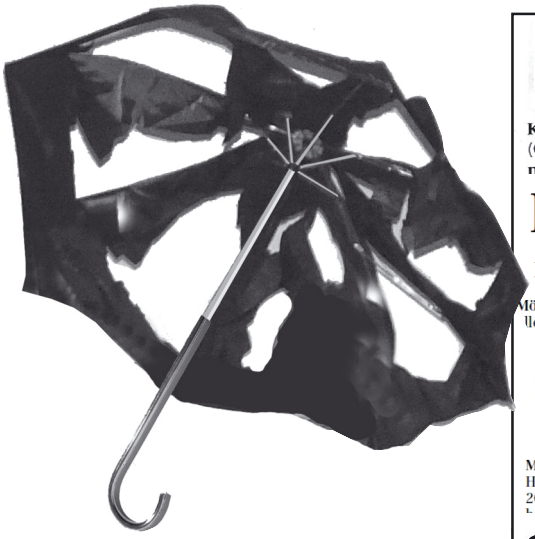
KUND GEBUNG

Samstag, 9. November 2013
18 Uhr
Rathausplatz Mörfelden
Gedenkstein

Danke für Spenden, für Hinweise und Informationen

Wir haben auch in den letzten Wochen wieder viele Spenden erhalten, die uns sehr gefreut haben.
Wir freuen uns auch über Infos, die wir bekommen und denen wir nachgehen können.
Demnächst steht eine Modernisierung unserer Technik bevor.
Wir freuen uns über finanzielle Unterstützung.

Unser Spendenkonto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419,
BLZ 50852553



Jetzt werden wir alle nass!

Schutzschirm verpflichtet

Kämmerer Franz-Rudolf Urhahn (Grüne) erklärte, der verhältnismäßig geringe Fehlbetrag bei der Einbringung des Haushaltes für das kommende Jahr klar, wem er die Schuld für die Finanz- klärte der Stadtkämmerer. Gleichzeitig fragte er sich, ob Mörfelden-Walldorf die Vorgaben des kommu-

Der Rotstift wird überall angesetzt

Im Investitionshaushalt der Stadt stehen nächstes Jahr nur noch 1,5 Millionen Euro

Mörfelden-Walldorf (seb). In llen Bereichen muss die Stadt- Liste für anstehende Investitionen wie die Frankfurter Straße sidium in Darmstadt den Haushalt genehmigt, gelten strenge- Gestaltungsspielraum einengen. Statt einer grundhaften

Strikter Sparkurs wird beibehalten

Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 vorgestellt – Grundsteuer B steigt nochmals

Mörfelden-Walldorf (seb). Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 ist von Konsolidierungs- erwartet. Rund zwei Millionen Euro zusätzlich sollen hier eingenommen werden. Der Hebe- Jahre und kündigte einen Haushalt an, der sich an den Konsolidierungspfad des Ent- sieht Ausgaben in Höhe von 71 Millionen Euro vor. Hatte das Parlament vor der

Stadt plant Steuererhöhungen

MÖRFELDEN-WALLDORF Haushaltsdefizit von 1,9 Millionen Euro für 2014

Die Stadt Mörfelden-Walldorf plant für das kommende Urhahn sprach von „gehörigen Anstrengungen“, die nötig wa- den Hebesatz bei der Gewerbesteuer um 30 auf 410 Punkte an-

Die neuen Folgen des „Schutzschirms“ - das Streichkonzert geht weiter

Im Oktober hat der Erste Stadtrat Urhahn den Haushaltsplan 2014 eingebracht. Darin sind die nächsten Steuererhöhungen und weitere Belastungen der Bevölkerung abzulesen. Wie schon beim Nachtragshaushalt 2013 wird deutlich: Es geht an die Substanz. Ein ausgeglichener Haushalt ist trotzdem nach wie vor nicht in Sicht.

Nächste Erhöhung der Grundsteuer B

SPD und Grüne wollen die Grundsteuer B im kommenden Jahr um über 10% von 390 auf 430 Punkte erhöhen. In den folgenden Jahren bis 2017 sind weitere Erhöhungen um jeweils 30 Punkte vorgesehen. Damit geht die Koalition weit über die im „Schutzschirmvertrag“ angekündigte Anhebung der Grundsteuer B hinaus und belastet damit erneut nicht nur Eigenheimbewohner sondern vor allem Mieterinnen und Mieter.

Neu: Ausleihgebühr in Büchereien

SPD und Grüne haben die Einführung einer Ausleihgebühr bei den städtischen Büchereien beschlossen . Das soll für die Stadt Einnahmen von 12.000,- Euro bringen.

Eintrittspreise werden erhöht

SPD und Grüne haben die Eintrittspreise für Kulturveranstaltungen erhöht. Die erwarteten Mehreinnahmen werden mit 5.000,- Euro beziffert. Ob die Rechnung aufgeht!?

Einsparungen durch Personalabbau

Geplant ist die Fremdvergabe der Betriebsführung von Wertstoffhof und Grünabfallsammelstelle. Fast 100.000,- Euro (drei Arbeitsplätze fallen bei der Stadt weg) sollen dadurch ab 2014 im Bereich der Abfallwirtschaft eingespart werden.

Einsparung auf Kosten der Kranken

60.000,- Euro spart die Stadt durch die Schließung der Bereitschaftsdienstzentrale in Mörfelden. Sicher ein Hauptgrund, warum sich kein Erster Stadtrat und kein Bürgermeister für die Erhaltung dieser für die Einwohnerinnen und Einwohner wichtigen Einrichtung eingesetzt hat.

Wer interessiert sich für Kommunalpolitik?

Wer möchte helfen, den „blickpunkt“ zu verteilen?

Kontakt:
GerdSchulmeyer@gmx.de

Wie war das mit der „Kulturförderabgabe“?

73.500,- Euro sollte die „Bettensteuer“ bringen, mit denen nach dem Willen von SPD und Grünen örtliche Hotelbetriebe zum Haushaltsausgleich beitragen sollten. Im HH-Entwurf 2014 ist davon nichts mehr zu sehen. Scheint's wird nichts draus. Der Betrag muss dann wohl anderweitig „erwirtschaftet“ werden. Wen es wohl jetzt trifft?

Auch Betriebe sollen mehr zahlen

Damit's nicht nur die „Kleinen“ - die Arbeiter, Angestellten und ihre Familien - trifft, soll im nächsten Jahr jetzt auch die Gewerbesteuer erhöht werden. Mal abgesehen davon, dass die meisten ortsansässigen Betriebe keine Gewerbesteuer zahlen, rechnen sich immer mehr Zahlungspflichtige „arm“. Ob die Stadt auf diesem Weg mehr Geld in die Kasse kriegt, bleibt fraglich. Einen Versuch ist es wert.

Keine Aktion für mehr Geld

Jetzt, wo langsam überall sichtbar wird, wohin uns die Schutzschirmpolitik führt, jetzt, wo wir bald in allen Ecken Schlaglöcher auf den Straßen sehen werden, jetzt jammert die Stadtregierung.
Aber gleichzeitig ist sie nicht bereit, sichtbare Proteste zu organisieren. Wir werden das nicht vergessen.

Abgelehnt wurde im September der Antrag der DKP/Linke Liste, mit einer Sondersitzung vor dem Landtag auf die Finanzsituation der Stadt aufmerksam zu machen und mehr Geld für die Kommunen zu fordern.
Auf Antrag von SPD und Grünen wurde der Magistrat u.a. beauftragt, beim Hessischen Ministerium der Finanzen wegen der festgestellten Verfassungswidrigkeit der Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs einen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung von Maßnahmen aus dem Konsolidierungsvertrag zu stellen.
Auf Nachfrage aus der CDU-Fraktion erklärte der Stadtkämmerer jetzt, dies sei noch nicht erfolgt. Anscheinend will man nach dem für SPD und Grüne unbefriedigenden Ausgang der Landtagswahl die Koalitionsgespräche nicht stören.
Die Belastungen der Bevölkerung werden inzwischen unvermindert fortgesetzt.

Die Mitmach-Falle

DISKUSSION

Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument

Lesung mit Thomas Wagner

Donnerstag, 14. Nov. 2013
20 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden
Clubraum

Gemeinsame Veranstaltung
DIE LINKE Mörfelden-Walldorf und Kreisverband GG
DKP Mörfelden-Walldorf

Der Kreisausschuss soll berichten

DIE LINKE.Offene Liste im Kreistag hat nach der Schließung der Bereitschaftsdienstzentrale in Mörfelden einen Bericht beantragt. Sie schreibt dazu:

Die Kassenärztliche Vereinigung hat zum 1. Oktober 2013 die Bereitschaftsdienstzentrale in Mörfelden geschlossen. Sie verweist die Patientinnen und Patienten an eine neue Adresse bei der privat geführten „Asklepios-Klinik" in Langen.

Fragen dazu, die in den Sitzungen des Sozialausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses gestellt wurden, trafen den Kreisausschuss offensichtlich unvorbereitet. Zu Hintergründen dieser „Umorientierung" der zweitgrößten Stadt des Kreises Groß-Gerau und etwaigen wirtschaftlichen Folgen für die Kreisklinik Groß-Gerau gab es keine Antworten. Uns ist diese Entwicklung nicht gleichgültig, und wir halten es für bedenklich, wenn die Einwohnerinnen und Einwohner der zweitgrößten Stadt unseres Kreises über den ärztlichen Bereitschaftsdienst auf eine Privatklinik, die sich in einem anderen Landkreis befindet, hin orientiert werden. Dies umso mehr, als dass dies anscheinend ohne Beteiligung von Kreisgremien entschieden und vollzogen wurde.

Wir halten es deshalb für angebracht, dass der Kreisausschuss umfassend prüft, berichtet und Stellung nimmt, sowie eine klare Position gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung einnimmt:

„Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen und zu berichten, welche Hintergründe die Schließung der Ärztlichen Bereitschaftsdienstzentrale in Mörfelden hat und welche Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Kreisklinik Groß-Gerau durch die Orientierung der Patientinnen und Patienten auf die Asklepios-Klinik in Langen zu erwarten sind.

Darzustellen ist dabei insbesondere, wie viele Patientinnen und Patienten bisher jährlich den ärztlichen Bereitschaftsdienst in Mörfelden in Anspruch genommen haben und wie viele von ihnen an die Kreisklinik Groß-Gerau bzw. an das Rüsselsheimer Krankenhaus überwiesen wurden.

Darüber hinaus wird der Kreisausschuss aufgefordert, gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung darauf zu bestehen, dass der ärztliche Bereitschaftsdienst qualifiziert und wohnortnah erfolgt. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, dass die anderen Ärztlichen Bereitschaftsdienstzentralen im Kreis Groß-Gerau erhalten bleiben und die Kreisklinik für eine stationäre Weitervermittlung in Frage kommt."

Passend

In der Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung präsentierte sich statt Behnam Yazdani, der - wie es hieß - aus beruflichen Gründen zurücktrat, erstmals Alexander Best als neuer Fraktionsvorsitzender der SPD. Er „sitzt" seit 2002 im Parlament. Einen Allgemeinsatz von ihm gibt es schon: *„Mörfelden-Walldorf soll auch zukünftig als familienfreundliche, lebens- und liebenswerte Stadt wahrgenommen werden, deren nachhaltige Entwicklung die gewachsene Vielfalt erhält und fördert".*
Ob er demnächst auch sagt, wie das unter dem „Schirm mit Löchern" geht - dem er zugestimmt hat - wagen wir mal zu bezweifeln.
Als hätten wir's geahnt, gab es dazu einen passenden Spruch im Oktober-"blickpunkt", auf der letzten Seite.

Wer spendet wem und warum?

Es ist so. Großfirmen haben großen Einfluß. Wer reich ist, ist einflußreich. Überall sitzen Lobbyisten, in den großen und kleinen Parlamenten. Was rauskommt, ist nicht lange ein Aufreger. Schwarzgeld-Kohl und -Koch sind wohlgelitten.
„Die Familie Quandt unterstützt die Partei seit vielen Jahren unabhängig davon, ob sie an der Regierung beteiligt war oder in der Opposition, hieß es bei der CDU. Was soll sie sonst auch sagen?
2012 flossen veröffentlichungspflichtige Großspenden – also über 50.000 Euro – in Höhe von 1,34 Millionen Euro an die im letzten Bundestag vertretenen Parteien. Auf CDU und CSU entfielen 818.000, auf die SPD 259.000, auf die FDP 204.000 und auf die Grünen 60.000 Euro.
Die Linke ging leer aus. Das ist gut und nicht schlecht.

UNICEF-BERICHT

40 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden sind arm

Jedes zwölfte Kind in Deutschland lebt unterhalb der Armutsgrenze. Ein Unicef-Report zeigt: Am stärksten betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden, mehr als jedes dritte gilt als arm. Die finanziellen Schwierigkeiten haben oft lebenslange Folgen.
Sie schneiden in der Schule schlechter ab, sie leben ungesünder, sie schauen mehr Fernsehen: Kinder, die in Deutschland unter die Armutsgrenze fallen, haben mit weitaus mehr Problemen zu kämpfen als Gleichaltrige, denen es finanziell besser geht. Das zeigt der neue Unicef-Report „Reiche, kluge, glückliche Kinder?“ zur Lage der Kinder in Deutschland.
Demnach lebten in Deutschland zwischen 2000 und 2010 rund 8,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen jahrelang in Armut. Auf die heutige Situation bezogen wären demnach insgesamt rund 1,1 Millionen Heranwachsende einen Großteil ihrer Kindheit und Jugend relativer Armut ausgesetzt. Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden: 40 Prozent der Kinder, die nur bei einem Elternteil aufwachsen, leben unterhalb der Armutsgrenze, sagte der Geschäftsführer des deutschen Uno-Kinderhilfswerks Unicef.
Die Ursache liegt jedoch nicht in der Familienform, sondern in den sozialen und ökonomischen Problemen vieler alleinerziehender Eltern. Familien mit nur einem Elternteil gelten als arm, wenn das monatliche Einkommen unter 1300 Euro liegt.

„In einem reichen Land arm zu sein, kann viel demütigender sein, als in einem armen“, erklärt der Kölner Armutsforscher Christoph Butterwegge. Ein Kind, das mitten im Winter in Sandalen auf dem Schulhof stehe, leide mehr unter den lachenden Mitschülern als unter der Kälte.

Nicht zur Tagesordnung übergehen

Keiner kennt die genauen Zahlen. Man geht davon aus, dass 20.000 Bootsflüchtlinge seit 1988 ertrunken sind.
Nach der aktuellen Lampedusa-Katastrophe mit über 350 Toten gab es Betroffenheit. Mittlerweile geht man wieder zur Tagesordnung über.
Wir gedenken der Tausenden Frauen, Kinder und Männer, die vor den Toren Europas ihr Leben verloren und trauern mit deren Familien.
Wir fordern die Verantwortlichen auf, ihre systematischen Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik der militärischen Abschottung, der Entrechtung und Kriminalisierung von Menschen zu beenden.
Frontex muss abgeschafft werden. Abschiebungen müssen gestoppt werden.
Wir fordern offene Grenzen für Menschen in Not.
Wir sollten alle unterstützen, die sich solidarisch verhalten, die sich engagieren, um die Probleme zu lösen.
Auch in unserer Stadt sollte das Thema in allen Gruppen, Vereinen, Parteien und Kirchen Thema werden. Man darf nicht zur Tagesordnung übergehen.

Ja, Angie, wer braucht Feinde, bei solchen Verbündeten?
Die Firma „Horch und Guck“ hört ja immer noch bei dir zu.
Als im Sommer bekannt wurde, was die Amis so treiben, hast du abgewiegelt. Dein Freund, der Drohnen-Menschenrechtler, macht so etwas nicht. Hat er gesagt. Nu gugge…

Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr

Zwei Jahre Nordwest-Landebahn

Am 21. Oktober 2013 jährte sich die Eröffnung der Nordwest-Landebahn. Obwohl die dichtbesiedelte Rhein-Main-Region völlig ungeeignet für einen Flughafen dieser Dimension ist, wurde eine weitere Landebahn in Betrieb genommen, die eine nie gekannte dauerhafte Empörung bei den Menschen hervorrief. Seit zwei Jahren kämpfen die Bürger für die Qualität ihres Lebensraums. Montag für Montag kommen die Menschen zum Flughafen und zeigen, wie ungebrochen der Wille ist, diesen Lärm und diese Schadstoffbelastung nicht länger hinzunehmen. Sie sind nicht bereit, sich mit der jetzigen Situation abzufinden.

„Die Bürgerinitiativen werden weiterhin die verantwortlichen Politiker lautstark an ihre Pflichten erinnern.

Die neue Landesregierung wird unserem Protest erben. Keine Regierung kann es sich auf Dauer leisten, im Unfrieden mit der Region zu leben."

Die Ziele des Bündnisses der Bürgerinitiativen:

Verhinderung des weiteren Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen in der Region

Kein Terminal 3

Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22-6 Uhr

Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger

Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie

Stopp der Subventionen

Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000/Jahr und der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet

Stilllegung der Landebahn Nordwest

Auslandseinsätze der Bundeswehr kosten bisher über 17 Milliarden Euro

Genau kann die Bundesregierung die Kosten der bisherigen Bundeswehr-Auslandseinsätze nicht benennen. Gewiss ist aber, dass sie seit 1992 mehr als 17 Milliarden Euro Steuergeld gekostet haben.

Die Bundeswehr verlässt Afghanistan. Nach zwölf Jahren Krieg, von dem der befehlshabende US-General Joseph Dunford - er ist der letzte Kommandeur der ISAF - nicht sagen konnte, ob er er ein Erfolg oder ein Misserfolg war.
Sicher ist, dass er für einige Sparten sehr erfolgreich war: Die Rüstungsindustrie sowie die Logistikbranche haben Bombengeschäfte gemacht.

In den vergangenen Woche rollten Panzerhaubitzen auf dem Leipziger Flughafen von Bord einer AN-124. Die Frachtmaschine gehört einem russisch-ukrainischen Konsortium. Ohne die logistische Hilfe im Rahmen des SALIS-Abkommens wäre der Nachschub für die Truppe in Afghanistan ebenso unmöglich gewesen wie deren Rücktransport.

Pro Jahr sind 1080 Flugstunden vereinbart. Eine kostet gut 33 000 Euro. Auch wenn man das meiste rückverlegbare Material daher nur von Masar i Sharif ins türkische Trabzon fliegt und dort auf Schiffen verstaut - es läppert sich.

Der ISAF-Einsatz ist nur ein ausländischer Tummelplatz der Bundeswehr. Derzeit ist deutsches Militär mit 6200 Soldatinnen und Soldaten in zehn sehr unterschiedliche Auslandseinsätze verwickelt.

Seit 1990 agierte die Bundeswehr in 44 Auslandeinsätzen. In der Antwort auf eine aktuelle Anfrage der Linksfraktion listet die Regierung 17,0525 Milliarden Euro auf, die bis Ende Juni als so genannte einsatzbedingte Zusatzausgaben verrechnet wurden. Zugleich wird betont, dass sich bestimmte Ausgaben und Ausgabenplanungen im Abstand der Jahre nicht mehr ermitteln lassen.

Allein der 2002 begonnene Einsatz in Afghanistan verschlang rund 7,6 Milliarden Euro. Die Beteiligung an der Kosovo Force (KFOR) hat seit 1999 etwa 3,3 Milliarden Euro gekostet. Rechnet man die Balkan-Einsätze SFOR und EUFOR hinzu, kommt man auf rund 5,1 Milliarden Euro.

In Berlin kungelt man gerade die „Große Koalition" aus.
Wir wetten: Alles was dort beschlossen wird, soll die Allgemeinheit bezahlen. Die Superreichen werden ungeschoren bleiben und von Rüstung und Krieg wird nicht geredet.
CDU, CSU und SPD sind sich da einig. Schon lange!

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt" helfen:

Kreissparkasse Groß-Gerau Konto 9003419, BLZ 50852553

Stadtgeschichten

Es war vor 64 Jahren - am „Kerwemontag“ 1949, im Gasthaus „Zum Schwanen“ in der Mörfelder Langgasse. Dort trafen sich die Handballer der SKV und viele ihrer Anhänger - es war ihr Vereinslokal. Als die Stimmung ihren Höhepunkt erreicht hatte, kam einer auf den Gedanken: „Heute wird der Artur mit seiner Freundin verlobt“. Gesagt, getan, die Wirtin holte zwei Ringe von einem Vorhang, aber Artur meinte, um die Schau noch zu verhindern, ohne „Goldene“ geht’s nicht. Gut! sagte einer, dann geh ich zum Bäthis (örtlicher Optiker) und hole die Richtigen. Inzwischen spannte der Wirt, Georg Breithaupt (genannt „Schwoneschorsch“) sein Pferd an die Rolle, ein flacher Pritschenwagen, mit dem er die Woche über Kohlen und Briketts ausfuhr. Stühle und Bänke waren schnell aufgeladen und los ging’s in die Kalbsgasse zum „Berzeschuster“, zur Auserwählten. Mit viel Hallo, Musik und Gesang traf man dort ein, so dass die Nachbarschaft zusammen lief. Arturs Freundin Lore, auch Handballerin, wurde von ihrer Mutter gerufen: „Gugg emol, uff de Gass iss wos los“. Dort wurde sie von Artur und den Sportfreunden mit Blumen und den Ringen empfangen. Die Zeremonie nahm ihren Lauf und Lore Berz und Artur Siegel wurden Verlobte und später Eheleute. Auf dem Foto sehen wir stehend von links: Wilhelmine Hechler, Dorothe Bartel geb. Hechler, Eleonore Butirony geb. Acker, Philipp Schulmeyer, Kinder unbekannt, Wilhelm Schmidt, Lore Berz, Artur Siegel, Gustav Zang. Auf dem Wagen: Unbekannt, Erwin Schmidt, Walter Schulmeyer („Poppewalter“), Fritz Scheiber, Albert Kunz, Robert Pelz, Jakob Arndt („Mutsche“), Heinz Wild, Ludwig Dickhaut, Walter Schaffner. Artur Siegel war bekannt und beliebt, aktiver Handballer, Vorsitzender des Volkshausvereins, der Freireligiösen und des DGB-Ortskartells, Betriebsratsvorsitzender im Palmengarten, Kommunist und lange Jahre Stadtverordneter.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa

Spieleabend
Dienstag, 5. November 2013, 20 Uhr - Eintritt frei

Themenparty 20er Jahre
Freitag, 8. November 2013, 20 Uhr, Musik AK: 3 €

Bildung und Erziehung in der Nazi-Zeit
Diskussionsveranstaltung mit Prof. Benjamin Ortmeyer
Samstag, 9. November 2013, 20 Uhr - Diskussion - Eintritt frei

Sonntagscafé
Sonntag, 10. November 2013, 15 Uhr - Eintritt frei

Heimatkunde: Agrarpolitik in der Nazizeit
Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Bernd Heyl
Dienstag, 12. November 2013, 20 Uhr - Diskussion - Eintritt frei

Filmabend
Freitag, 15. November 2013, 20 Uhr
Der Eintritt ist frei - Spenden sind aber erwünscht.

Spieleabend
Dienstag, 19. November 2013, 20 Uhr - Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet!
Donnerstag, 21. November 2013, 20 Uhr - Eintritt frei

Quiz-Night
Freitag, 22. November 2013, 20:00 Uhr - Eintritt frei

Club Night mit DJ Mo’E
Samstag, 23. November 2013, 20 Uhr - Eintritt frei

Weitere Infos: www.kuba-moerfelden.de

Unser Lexikon

Schbrisch

Die Sunn
scheunt schun
schee.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - RudiH@dkp-mw.de - www.dkp-mw.de